

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Kruse, Ewald Aukes, Dr. Kurt Duwe,  
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Daniel Oetzel (FDP) und Fraktion**

**Betr.: Hamburg braucht die A26-Ost**

Bei der Autobahn A26-Ost oder der „Hafenquerspange“ handelt es sich um eines der derzeit wichtigsten Straßeninfrastrukturprojekte für die Metropolregion Hamburg. Die A26-Ost ist als Verlängerung der Autobahn A26-West (von Stade zur A 7) geplant, dient der Verbesserung der Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens und ermöglicht eine flüssigere Abwicklung des Hafen- und Güterverkehrs. Gleichzeitig stellt sie den dringend benötigten Lückenschluss zwischen A 1 und A 7 her und ermöglicht so eine spürbare Entlastung der Hamburger Innenstadt vom Lkw-Transitverkehr, reduziert damit die Staugefahr und unnötige Emissionen.

Aufgrund der überregionalen Bedeutung wurde das Projekt 2016 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen. Die Autobahn befindet sich im Planfeststellungsverfahren. Die Planunterlagen für den westlichen Abschnitt sind bereits ausgelegt worden und ein Erörterungstermin zu Einwendungen hat am 27. August 2019 stattgefunden. Einwendungen werden in einem nächsten Schritt durch die zuständige Planfeststellungsbehörde in dem dafür vorgesehenen Verwaltungsverfahren geprüft. Berechtigte Einwände von Betroffenen können so in einem geordneten Verfahren eingearbeitet werden, um die geplante Trasse gegebenenfalls zu optimieren.

Trotz eines geordneten Verfahrens, der fortgeschrittenen Planung und einer Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan versuchen Gegner des Projektes in Politik und Verbänden, das für Hamburg enorm wichtige Projekt infrage zu stellen, verlangen einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens und versuchen, die Finanzierung durch Einflussnahme auf Entscheidungsträger in Berlin zu hintertreiben. Umso wichtiger ist ein klares Bekenntnis von Hamburgs Politik zur A26-Ost.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

1. Die Hamburgische Bürgerschaft steht weiterhin hinter der Realisierung der A26-Ost in der derzeitig geplanten Variante und einem geordneten Planfeststellungsverfahren.
2. Die Hamburgische Bürgerschaft bittet die Bundestagsabgeordneten aus Hamburg, auch weiterhin das Projekt in Berlin offensiv zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, eine Finanzierungszusicherung mit den notwendigen Haushaltsmitteln zu unterlegen.

**Der Senat wird ersucht,**

sich beim zuständigen Bundesministerium weiterhin für die Finanzierungszusicherung der geplanten Trasse inklusive der im Zuge der Planfeststellungsverfahren möglicherweise entstehenden Anpassungen vonseiten des Bundes einzusetzen.